Identität und nationale Geschichte : die Schweizergeschichte unter dem Einfluss der "Geistigen Landesverteidigung"

Autor(en): **Jost, Hans-Ulrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft 13

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651626

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hans-Ulrich Jost

Identität und nationale Geschichte

Die Schweizergeschichte unter dem Einfluss der „Geistigen Landesverteidigung"*

Der Historiker und die Geschichtsschreibung

Der „Engel der Geschichte", meint Walter Benjamin, gleiche jenem „Angelus Novus" von Klee, der in einem Sturm treibt, den Rücken zur Zukunft und vor sich „eine einzige Katastrophe, die Trümmer auf Trümmer häuft"(1). Ich bediene mich gerne dieses Bildes, um darauf zu verweisen, dass der Historiker letzlich in jenem „Sturm", d.h. in jenem Bewegungszusammenhang gefangen ist, der zugleich auch das Objekt seiner Forschung bildet. Versteht man Geschichte grundsätzlich in einem solchen Rahmen, so wird es recht schwierig, leichthin von eindeutigen und unabänderlichen historischen 'Tatsachen' zu sprechen. Dennoch ist es unsere Aufgabe, ausgehend von diesen unsicheren Standpunkten, die Geschichte sinnvermittelnd aufzuarbeiten.

Obwohl es sich beinahe um selbstverständliche Überlegungen handelt, möchte ich eingangs gleichwohl auf einige fundamentale und unausweichliche Bedingungen hinweisen, die jeden historischen Forschungsansatz leiten und prägen. So zwingt beispielsweise die Masse der Dokumente und die Komplexität der Thematik den Historiker, sich ein gewisses Konzept zu erarbeiten, das ermöglichen sollte, die Forschungsarbeit sinnvoll zu organisieren und die Informationsflut zu filtern. Ausserdem befindet man sich immer wieder geschichtlichem Material gegenüber, das bereits von jenen, die es produziert, aufgeteilt und konserviert haben, verändert worden ist. Ebenso ist die Zugänglichkeit, und dies gilt besonders für die durch Sperrfristen der Archive beengte Zeitgeschichte, selektiv oder beschränkt. So ist Geschichte bereits Konstruktion, wo sie noch Gegenwart ist.

Diese wenigen Hinweise zeigen in etwa die jeder historischen Forschung auferlegten Einschränkungen. Das heisst aber auch, dass Geschichtsschreibung nicht als simples Aneinanderreihen von Quellen und Dokumenten, auch nicht als einfaches Abbild vergangener Zeiten, die sich wie unberührte Landschaften öffnen, verstanden werden kann. Kurz, die reine und authentische, die — wie einige naive Geister immer wieder meinen — 'wahre' und objektive Geschichte gibt es nicht. Im Gegenteil, jede historische Arbeit steht von allem Anfang an unter dem Einfluss spezifischer 'Produktionsbedingungen': so ist beispielsweise das Erkenntnisinteresse des Historikers selber geprägt von individuellen wissenschaftlichen, sozialen und ideologischen Werten; oder der aktuelle Zustand der Quellen und der vorliegenden Forschungsarbeiten stellt ein Umfeld dar, das in starkem Masse gesellschaftlich oder

machtpolitisch definierte Normen wiederspiegelt. Unter solchen Umständen wird Geschichte nicht selten zur unkritischen Legitimierung vergangener und aktueller, gesellschaftlich dominanter Werte.

Diese Verhältnisse im Rahmen der Schweizergeschichte des 20. Jahrhunderts aufzuzeigen, ist das Ziel dieses Beitrags. Es geht mir allerdings nicht allein um eine historische Kritik, sondern ebensosehr um die Hinterfragung aktueller politischer und ideologischer Strömungen, die sich mittels bestimmter Geschichtsbilder erneuern und ergänzen. Meine wenigen erkenntnis- und geschichtstheoretischen Hinweise sollen auch andeuten, dass ich Geschichte nicht einfach als Rechtfertigung oder 'objektive' Reproduzierung von Vergangenheit, deren Sinn sich nur aus dem 'Zeitgeist' oder aus dem Verhältnis zu 'Gott' erhellt, verstehen kann. Geschichte, meine ich, gewinnt nur Sinn, wenn sie, eingebettet in die „longue durée" der materiellen Zivilisation (Bradel)(2), auch die Grundlagen zu einer kritischen Aufklärung der Gegenwart liefert (Duby)(3).

Die vier Beispiele, die ich als Grundlage für meine Analyse herausgegriffen habe, beziehen sich auf bestimmte Ausschnitte oder Aspekte der Geschichte der Schweiz des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit diese konkrete Ausgangslage auch klar erkannt wird, stelle ich jeweils dem entsprechenden Kapitel einen holzschnittartigen Abriss (kursiv) des betreffenden historischen Umfeldes voran. Im übrigen verzichte ich darauf, die Anmerkungen mit den — zahlreich vorhandenen — historischen Belegen zu überlasten, um nicht den Rahmen des ohnehin schon knappen Textumfangs zu sprengen(4).

Vaterländische Geschichte, politische Kultur und „Geistige Landesverteidigung"

Die Schweiz als politische und nationale Einheit kam erst 1848 mit der Schaffung des Bundesstaates zustande. Die führende Gruppe dieser Entwicklung, die Freisinnigen (Liberale und Radikale), setzte sich dann über ein halbes Jahrhundert als dominierende Kraft durch. Erst die Einführung des von Katholisch-Konservativen und Sozialisten seit Jahren geforderten Proporzwahlsystems setzte 1919 der freisinnigen Vorherrschaft ein Ende. Inzwischen machte sich in der sozialen Struktur eine tiefgehende Spaltung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft bemerkbar; sie führte zum seit 1847 grössten inneren Konflikt, dem Landesstreik von 1918. Neben dieser sozialen Konfliktsituation war auch eine weitgehende Entfremdung zwischen den beiden grossen Sprachräumen, der deutschen und der welschen Schweiz, entstanden. Um trotz dieser konfliktträchtigen Situation die Vorherrschaft aufrecht zu erhalten, bildeten die Freisinnigen in der Zwischenkriegsszeit, zusammen mit den Katholisch-Konservativen und der eben erst entstandenen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, einen konservativ geprägten Bürgerblock. In Abwehr gegen den Faschismus — aber oft auch in Anlehnung an diesen — erhielt die Bürgerblockpolitik einen reaktionären, von korporatistischem Gedankengut geprägten Zug. Diese neue geistige Orientierung bildete auch die Grundlage für die Erneuerung der nationalen Identität, die durch die Krise des Liberalismus ihre Glaubwürdig-

keit verloren hatte. Mit Hilfe der staatlich ins Szene gesetzten „Geistigen Landesverteidigung" konnte der kulturpolitische Konsens wieder hergestellt werden. In dieser Phase unterwarf sich auch die Linke dem bürgerlichen Staatsverständnis, wofür sie 1943 mit der Abtretung eines Sitzes im Bundesrat honoriert wurde.

Ein erster Punkt, den ich in diesem historischen Umfeld untersuchen möchte, gilt dem Einfluss der politischen Ideologie auf die Landesgeschichte. Dabei ist zuerst in Erinnerung zu rufen, dass die nationale Identiät der modernen Schweiz in erster Linie politisch begründet wird. Im Gegensatz zu den europäischen Nationalstaaten, deren Identität auf einem aus Sprache, Kulturraum und Rasse gebildeten Konzept beruht, musste der Bundesstaat des 19. Jahrhundets, mangels eines einheitlichen Kulturraumes, seine identitätsbildenden Ideen dem politischen Diskurs entnehmen (5). Der Geschichte war es nun auferlegt, diesem neuen Identitätsbewusstsein auch Traditionszusammenhänge, ja mythische Werte zu liefern, die geeignet waren, sich den gängigen politischen Vorstellungen unterzuordnen. Die Notwendigkeit, der nur politisch abgestützten nationalen Identität eine historische Dimension zu geben, führte zwangsläufig dazu, dass die Geschichtsschreibung zu einem konstitutiven Element der politischen Kultur wurde. Die grossen Darstellungen dieser Zeit, jene von Johannes Dierauer und Karl Dändliker, lassen erkennen, dass der Bundesstaat von 1848 gewissermassen als Höhepunkt historischer Logik wie auch als Masstab 'wahrer' vaterländischer Werte zu verstehen sei.

Diese politisch-historische Union wurde nun allerdings durch den Umbruch während des Ersten Weltkrieges weitgehend in Frage gestellt. Der Niedergang der Liberalen, der Graben zwischen Deutsch und Welsch sowie die sozialen Konflikte widersprachen dem Idealbild eines freisinnigen, harmonischen Bundesstaates. Es war insbesondere nicht mehr möglich, das politische Programm des Freisinns gewissermassen als allgemeinverbindliches Raster der nationalen Geschichte zu verwenden. Auf der Suche nach integrativen Begriffen, die die angeschlagene bürgerliche Identität zu erneuern vermöchten, wurde ein neues Bild der Nation entwickelt, das auf mythisch gefärbten Vorstellungen wie „schweizerisch" und „Volksgemeinschaft" beruhte(6). Verbunden mit xenophoben Strömungen — es sei daran erinnert, dass 1914 „Überfremdung" erstmals in einem bundesrätlichen Bericht auftauchte(7) — entstand, beispielsweise in Kreisen um Gonzague de Reynold, ein mit Versatzstücken aus der Geschichte des Ancien Régime erneuertes helvetisches Selbstverständnis. Die „Geistige Landesverteidigung" der 30er Jahre machte dann aus diesem neo-konservativen Nationalismus eine amtlich abgesegnete Kulturideologie (Botschaft des Bundesrates über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung vom 9. Dezember 1938). In diesem Rahmen wurden mit Hilfe von 'Geschichtsbildern' das Wertsystem der politischen Kultur und die Grundlagen der nationalen Identität entscheidend verändert. Metaphorische Figuren, die den Liberalismus des 19. Jahrhunderts oder republikanische Tugenden verkörperten, waren nicht mehr sehr gefragt. Als Beispiel sei hier die Art und Weise ange-

führt, in welcher der Zürcher Literaturprofessor Karl Schmid 1939 an einer freisinnigen Kulturveranstaltung den Wilhelm Tell neu interpretierte: „Uns ist gewichtiger, dass er (Tell) von den Bergen herniedersteigt in genagelten Sohlen, als dass er die Sprache der Menschenrechte spricht"(8).

Wie zur Zeit des liberalen Bundesstaates wurde damals die Geschichte als Mittel der Sinngebung, in Anpassung an die dominanten politischen Kräfte, funktionalisiert: Die Prägung war so stark, dass auch die populäre Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit diese Muster weiterung, wobei die vorherrschende Stimmung des Kalten Krieges jenes noch zusätzlich Auftrieb verschaffte(9).

Die historiographischen Besonderheiten dieser spezifisch schweizerischen Entwicklung werden noch deutlicher, wenn wir sie mit dem Stand der internationalen Geschichtswissenschaften vergleichen. Abgesehen von der auch andernorts florierenden nationalistischen Historiographie entstand doch eine kritische Geschichtswissenschaft (z.B. die „Annales" oder die „Frankfurter Schule"), die weit über die politisch-patriotische Geschichtsschreibung hinausgehende Forschungsansätze entwickelte. Wirtschafts- und Sozialgeschichte wurden in weitem Masse einbezogen, und das Geschichtsverständnis wurde mit theoretischen Reflexionen einer differenzierten Kritik unterzogen. Vergleichbare Arbeiten wie etwa die Wirtschaftsgeschichte von William Rappard(10) oder die sozio-ökonomische Analyse von Eduard Fueter(11) haben bei uns Seltenheitswert und sie vermochten insbesondere nicht, ins Réduit der offiziellen, von der „Geistigen Landesverteidigung" abgesegneten Geschichte einzudringen.

Die modernen Methoden und Forschungsansätze sind in der Schweiz nur unter grossen Widerständen zur Kenntnis genommen worden. Die beinahe totale Identifikation der Schweizer Geschichte mit den Zielvorstellungen der nationalen Politik stellte sich einer kritischen Geschichtswissenschaft in den Weg. So entwickelte sich bei uns beispielsweise keine grundsätzliche Debatte über die verschiedenen Geschichtstheorien, und dialektische Auseinandersetzungen, ausgehend von historisch alternativen Ansätzen oder Forschungen, fehlten weitgehend. Der historische Diskurs blieb flach und einseitig. Selbst die berühmte Kontroverse von Karl Meyer und Bruno Meyer um die Gründung der Eidgenossenschaft änderte an diesem Zustand wenig(12).

Es wurden ausserdem interessante, von marxistischen oder sozialistischen Kreisen angesprochene, Interpretationsmuster vollständig mit Schweigen übergangen(13). Einzig die Polemik der Rechten, wie etwa Gonzague de Reynolds „La démocratie et la Suisse" (1929), vermochte gelegentlich die Gemüter zu bewegen. Sie bewirkte freilich keine Bewusstseinsklärung in der Historiographie der Schweiz, sondern endete mit einer unkritischen Einvernahme dieser 'Geschichtsphilosophie' in der Produktion der „Geistigen Landesverteidigung". Zu welchen historischen Phantasmagorien dies führte, demonstriert z.B. die Luxusschrift „Schweizer Wehrgeist in der Kunst" (1939), in der neben den Autoren drei Bundesräte und Gonzague de Reynold das offizielle Geschichtsbewusstsein zelebrieren.

Als vorläufige Bilanz möchte ich folgendes festhalten: Der sich im Schlepp-

tau einer engstirnigen politischen Kultur bewegenden Historiographie der 30er und 40er Jahre gelang es nicht, eine einigermassen befriedigende erkenntniskritische Dimension zu entwickeln, moderne wissenschaftliche Ansätze wurden kaum aufgenommen. Dadurch dass diese Geschichtsschreibung vor allem spektakuläre und 'dramatische' Ereignisse aufgriff — beispielsweise im Rahmen der Gründungs- und Kriegsgeschichte —, um sie als Illustration ins vorherrschende kulturpolitische Konzept einzubauen, entstand eine scheinbar widerspruchsfreie Kohärenz zwischen Tradition, politischem Selbstverständnis und „Geistige Landesverteidigung". Diese sich unproblematisch gebende Perspektive war dafür verantwortlich, dass die für jede Wissenschaft notwendige kritische Reflexion weitgehend verloren ging.

Die Geschichte der Konflikte unter dem Einfluss des „Helvetischen Kompromisses"

Die Struktur der modernen Schweiz des 20. Jahrhunderts ist erst in den 20er Jahren endgültig ausgebildet worden. Militärisch zwar nicht in den Ersten Weltkrieg verwickelt, wurde unser Land doch in starkem Masse von einer ökonomischen Kriegsführung erfasst. Der sich daraus ergebenden Verschlechterung der sozialen Lage begegneten die Behörden mit nur unzureichenden Massnahmen. Dies veranlasste die SPS und den Gewerkschaftsbund im November 1918, einen Generalstreik zu organisieren. Der Bundesrat, von der Armeeführung bestärkt und abgesichert durch ein massives Truppenaufgebot, trat auf die Forderungen des Streikkomitees nicht ein sondern zwang dieses vielmehr am dritten Streiktag zur Kapitulation. Dieses Ereignis beeinflusste nicht nur entscheidend den Beginn der Zwischenkriegszeit, sondern prägte auch in starkem Masse das soziale und kulturelle Klima der gesamten Epoche. Obwohl es unter dem Eindruck des Generalstreiks zu einem sozialpolitischen Aufbruch kam — Einführung der 48-Stunden-Woche und Schaffung des AHV-Artikels der Bundesverfassung —, stand die Politik doch generell im Zeichen einer konservativen Reaktion. Der innere Zusammenhalt des Bürgerblocks beruhte im wesentlichen auf einem einzigen Nenner: dem Antisozialismus. Zwar hatte 1920 die grosse Mehrheit der SPS den Eintritt in die kommunistische Internationale zurückgewiesen, doch hinderte dies die Bürgerlichen nicht, die Arbeiterbewegung gemeinhin als bolschewistisch zu verunglimpfen. Zum Schluss sei noch in Erinnerung gerufen, dass sich in derselben Zeit die Wirtschaft und vor allem die Banken neu strukturierten und insbesondere auch ihre privilegierte Zusammenarbeit mit dem politischen System festigten.

Während 50 Jahren wurde der Generalstreik, falls er überhaupt Erwähnung fand, als revolutionäre, ja bolschewistische Verschwörung dargestellt. Er erschien als Werk unverantwortlicher sozialistischer Führer, die unter dem Einfluss von Lenin und einer von Ausländern infiltrierten radikalen Linken gestanden hätten. 1968, zum 50. Jahrestag, erschienen dann erstmals differenzierte Darstellungen(14). Die Art und Weise aber, wie der Generalstreik in die allgemeine Schweizergeschichte eingebaut wird, zeigt immer noch Tendenzen dieser Verdrängung. Er tritt nur am Rande der Erzählung auf, gewis-

sermassen als zufälliges, nicht wirklich der Schweizergeschichte zuzurechnendes Ereignis. Die darauf folgenden Jahre, die bekanntlich noch immer von einer tiefgreifenden sozialen Krise und der Erschütterung der traditionellen Wertvorstellungen gekennzeichnet sind, stehen in zahlreichen Darstellungen unter dem Zeichen eines harmonischen Neubeginns, geprägt von der versöhnlichen Haltung der bürgerlichen Parteien. Der AHV-Artikel bildet den Leuchtturm in dieser bürgerlichen Öffnungspolitik, der gegenüber die Arbeiterbewegung — immer diesem Interpretationsmuster gemäss — sich stupide hinter den Klassenkampfparolen verschanzt habe. Ohne auf weitere Details einzugehen, sei der Hinweis gestattet, dass H. von Greyerz im „Handbuch der Schweizer Geschichte" in diesem Zusammenhang von einem bürgerlichen „Ku-Klux-Klan-Geist" spricht, der, zusammen mit den Aktivitäten von „gewissen Studentenvereinigungen und ihren Männersektionen wie mit Unternehmerorganisationen, Gewerbevereinen, Handels- und Industrievereinen und Handelskammern" dafür verantwortlich gewesen sei, dass die Generalstreikpsychose nicht überwunden wurde(15). Es ist bezeichnend, dass man heute noch immer recht selten auf diesen Paragraphen des Handbuches zurückgreift und ihn zum Ansatzpunkt eines angemesseneren Verständnisses der Zwischenkriegszeit macht.

So kennzeichnen noch immer Verschleierungen die Interpretation dieser Periode der Schweizergeschichte, was umso bedauerlicher ist, als dass die 20er Jahre den wichtigsten Ausgangspunkt der Geschichte der modernen Schweiz bilden. Die Gründe dieser Deformationen sind unschwer zu erkennen. Das teilweise Ausblenden des Landesstreiks und der darauf folgenden sozialen Konflikte ist unter anderem ein Resultat des historischen Konzepts der gesamten Zwischenkriegszeit. Es beruht auf der vom Bürgertum propagierten Idee der „Volksgemeinschaft", die nicht zulässt, dass soziale Konflikte massgeblich die neuere Schweizergeschichte prägen. Um so mehr ist man aber bereit, den Arbeitsfrieden von 1937 in den Vordergrund zu stellen und dessen Bedeutung unkritisch zu idealisieren. Ebenso verhindert eine Übernahme der Bürgerblockmentalität die historische Anerkennung des Sozialismus als positives Element der nationalen politischen Kultur. Letzlich sind diese Verdrängungsmechanismen auch dafür verantwortlich, dass man gegenüber einer die Konflikte aufdeckenden Sozialgeschichte der simplen politischen Ideengeschichte lange den Vorzug gab.

Was für ein Erklärungsmodell für die Zeit des Faschismus?

In der zerrissenen Situation der 20er Jahre bildeten sich verschiedene politische und kulturelle Zirkel, die in oft radikaler Sprache die gesellschaftlichen Zustände kritisierten oder auch die Grundlagen der Demokratie in Frage stellten. Nennen wir als Beispiel den Freundeskreis um Regamey, aus dem dann später „Ordre et Tradition" entstand(16). Ähnliche Tendenzen fanden sich in Studentenverbindungen, bei der freisinnigen Jugend und in der katholisch-konservativen Partei. Persönlichkeiten des kulturellen und politischen Lebens lobten nicht selten gewisse, angeblich positive Züge des faschistischen Italiens(17)

oder bekundeten Interesse für den politischen Auoritarismus oder den Korporatismus. 1933, unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und angeregt durch die Machtergreifung Hitlers, bildeten sich in diesem Sauerteig Formationen und „Fronten", die versuchten, politische Mandate auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene zu erobern. Wohl war deren Erfolg äusserst bescheiden, doch darf der indirekte Einfluss auf das politische Milieu nicht übersehen werden. Bürgerliche Parteien liierten sich gelegentlich mit diesen Bewegungen in der Hoffnung, die Linke rascher eliminieren zu können. 1935 erlitten allerdings die Fronten und die mit ihnen sympathisierenden Kreise bei der Ablehnung ihrer Totalrevisionsinitiative, unter anderem dank des geschlossenem Widerstands der Arbeiterbewegung, eine entscheidende Niederlage. Der informelle Einfluss der faschistischen Strömungen in Wirtschaft und Politik hielt aber an und erreichte 1940 einen neuen Höhepunkt, als Bundesrat Pilet-Golaz eine Delegation dieser Kreise offiziell empfing. Im übrigen genossen auch die verschiedenen Varianten des europäischen Faschismus, etwa das Regime von Marschall Pétain in Frankreich, die Sympathie weiter Kreise in der Schweiz. Der Hinweis möge genügen, dass sich General Guisan noch 1941 durchaus nicht scheute, Marschall Pétain anlässlich seines Geburtstages für sein beispielhaftes Tun zu gratulieren(18).

Die Interpretationen des Faschismus und vor allem seiner Bezüge zum traditionellen politischen System waren bisher in unserer Geschichtsschreibung recht zwiespältig. Der Faschismus, in erster Linie als ausländisches Phänomen verstanden, hat im Rahmen einer politisch oder diplomatisch orientierten Geschichte zur Hauptsache nur die Frage aufgeworfen, wie die Schweiz und die Schweizer den Verführungen oder Angriffen dieser Bewegungen widerstanden hätten. Auf einen Titel gebracht hiess dies: „Anpassung oder Widerstand"(19). Doch seit langem hat uns die ausländische Forschung gezeigt, dass man dem Faschismus mit einer politisch-diplomatischen Geschichte nicht gerecht wird(20). Faschismus ist eine weiterreichende soziale und kulturelle Erscheinung der europäischen Geschichte; seine Anfänge sind in der Krise des Liberalismus am Ende des 19. Jahrhunderts zu suchen. Es handelt sich zudem nicht um isolierte Erscheinungen, sondern um ein allgemein gesellschaftliches Phänomen, aus dem sich, ausgelöst durch den sozio-politischen Umbruch Ende des Weltkrieges, allenthalben politische Formationen von unterschiedlichstem nationalem Charakter herausbildeten.

In der Schweiz aber tat man so, als handle es sich beim eigenen Faschismus um ein eher nebensächliches Ereignis der 30er Jahre, dem man die beinahe idyllische Bezeichnung „Frontenfrühling" verlieh. Da die frontistischen Formationen nirgends entscheidend ins politische System einzubrechen vermochten, war es — unter einem ereignisgeschichtlich-politischen Blickwinkel — ein leichtes, diesen Aspekt der Geschichte zu bagatellisieren. Hinzu kam, dass oft, dank eines methodisch fragwürdigen Vorgehens, die Frontenbewegung noch zusätzlich verniedlicht wurde: so bezeichnete man nicht selten allein jene Gruppen als „echt" faschistisch, die direkte Kontake zu Nazideutschland oder Italien pflegten(21). Die andern galten einfach als patriotische „Erneuerer", wenn auch verwirrte, was heute übrigens solchen ehemali-

gen Parteigängern erlaubt, sich von jeglichem Faschismusverdacht befreit zu sehen.
Der deutsche Historiker Wolfgang Schieder hat zurecht diesen seltsamen historischen Zugriff kritisiert und explizit den Verdacht geäussert, man versuche damit, das Bild einer angeblich heilen Schweiz in der Epoche des Faschismus zu bewahren(22). Es passt in diese schiefe Landschaft der helvetischen Historiographie, dass der einzige Autor, der die Frontenbewegung aus der politischen Kultur der 20er Jahre heraus zu erklären und damit in einen angemessenen historischen Rahmen hineinzustellen versucht hat, ein Bundesdeutscher ist(23).

Die übrigen, z.T. durchaus nützlichen schweizerischen Untersuchungen beschränken sich meist auf eine politisch-formelle Dimension, was, wie gesagt, ermöglicht, den Faschismus auf eine Randerscheinung zu reduzieren. Doch auch für die Schweizergeschichte wäre es angebracht, angesichts der diffusen Präsenz des Faschismus in verschiedensten gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen, mit differenzierten Methoden die bisher vernachlässigten Ebenen oder Zusammenhänge auszuleuchten. Sehen wir uns einige Ansätze einer solchen Geschichtsschreibung an.

Wenn ein Ernst Laur, der mächtige Führer des Schweizerischen Bauernverbandes 1934, angesichts der die Landwirtschaft mythisch verklärenden Propaganda der Nazis erklärt, „die Erhaltung des Bauernstandes (sei) schliesslich wichtiger als die Erhaltung der Demokratie"(24), und wenn ein Bundesrat Philipp Etter 1940 einer Totalrevision der Bundesverfassung mit dem Ziel der „Schaffung einer starken Regierungsgewalt" das Wort redet(25), wobei er gleichzeitig auch seine langjährig gehegten Ideen eines helvetischen Korporatismus einzubringen hofft, dann ist man als Historiker, angesichts des Stellenwerts dieser Persönlichkeiten im politischen System, gezwungen, solche Äusserungen aufzulisten und deren Logik im Rahmen des Selbstverständnisses der politischen Elite zu deuten. Eine kritische Sozialwissenschaft sollte fähig sein, die Begrenzung monographischer Analysen zu überschreiten und integrierende Darstellungen zu liefern, die auch sozio-linguistische Methoden oder Theorien der politischen Kultur berücksichtigen. Untersucht man z.B. die „Geistige Landesverteidigung" auf diese Weise, so aggregieren sich die zahlreichen Zeugnisse von sturem Nationalismus, Militarismus, Intoleranz, Rassismus, mythischer „Volksgemeinschaft" und autoritärer „Sammlung der Mitte" zu einem Gesamtbild, das zurecht als eine Art „helvetischer Totalitarismus" bezeichnet werden darf, dessen Geist beispielsweise dem Vichyismus verwandt ist. Dass sich diese Mentalität nicht entscheidend ins politische System umsetzen konnte, war gewiss den noch vorhandenen liberalen Kräften, den demokratischen Traditionen und der eidgenössischen Trägheit, letzlich aber auch dem Sieg der Alliierten zu verdanken. Diese Tatsache, so scheint mir, genügt jedoch nicht, den helvetischen Faschismus zu verharmlosen oder die Schweiz aus der Epoche des Faschismus herauszu-

halten.
Zweifellos erfordert eine solcherart komplexe Geschichtsforschung eine beständige Auseinandersetzung mit methodologischen Ansätzen wie beispielsweise der „histoire des mentalités" oder der „politischen Kultur". Doch gerade die Absenz solcher Methoden in der schweizerischen Geschichtsschreibung war dafür verantwortlich, dass man dem Problem des Faschismus nicht gerecht zu werden vermochte. Daran ist nicht zuletzt auch die „Geistige Landesverteidigung" schuld, die vor allem das begrenzte Geschichtsverständnis und den Mythos einer unversehrten Schweiz mit auszubilden geholfen hatte. Im übrigen verhinderte diese Geisteshaltung bis weit in die 60er Jahre hinein den Anschluss der Schweiz an die europäische Geschichtswissenschaft.

Ereignisgeschichte und Geschichtsverständnis

Die Schweiz unterhielt bekanntlich sehr enge wirtschaftliche Beziehungen zu Nazi-Deutschland, die sich, nach dem Fall Frankreichs im Jahre 1940, noch verstärkten. Dies war einerseits das Resultat deutscher Forderungen und Drohungen, entsprach andererseits aber auch dem Willen der Schweizer, ihren Produkitonsapparat weiterhin voll aufrecht zu erhalten. Ein beträchtlicher Teil der nach Deutschland gelieferten Waren bestand aus Waffen. Da diese Exporte nicht vollständig durch deutsche Importe oder Zahlungen abgegolten wurden, gewährte die Schweiz Kredite, deren Summe sich am Kriegsende auf 1'119 Millionen Franken belief. Neben diesen Wirtschaftsbeziehungen erfolgten auch wichtige Goldtransaktionen. Diese erlaubten es dem Dritten Reich, sich wertvolle konvertible Devisen zu beschaffen. Der Präsident der Reichsbank meinte damals, Deutschland könne nicht länger als 2 Monate auf diese schweizerischen Dienstleistungen verzichten. Die Schweiz wiederum bezog aus dem Gebiet der Achsenmächte die für die Landesversorgung unabdingbaren Rohstoffe. Damit war unser Land weitgehend in den deutschen Wirtschaftsraum integriert und bildete — dank der leistungsfähigen Alpentransversalen — ein wichtiges Rückgrat der Achsenländer. Demgegenüber reduzierten sich angesichts dieser äusseren Umstände die offiziellen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Alliierten auf ein Minimum. Immerhin blieb die Schweiz im monetären Bereich in den USA stark engagiert. Letztere versuchten denn auch, sich diese Situation zwecks Durchsetzung ihrer kriegswirtschaftlichen Ziele nutzbar zu machen.

In diesem Teil möchte ich die Frage diskutieren, in welcher Form die Interdependenz verschiedener Ereignisse solcherart in eine allgemeine Perspektive eingebaut werden sollte, dass die wesentlichen Züge der gesamten Epoche klar zum Ausdruck kommen. Es geht im vorliegenden Fall darum festzustellen, inwiefern die Neutralität und die Unabhängigkeit des Landes von der angeblich unpolitischen Dimension des Handels und der Devisenwirtschaft in Frage gestellt wurden. Es handelt sich um einen Aspekt der Geschichte, der schon zur Zeit des Ersten Weltkrieges deutlich in Erscheinung trat, und der zu einer Grundproblematik der Schweiz des 20. Jahrhunderts wurde. Heinz Ochsenbein hat in seiner Untersuchung „Die verlorene Wirtschaftsfrei-

heit"(26) deutlich aufzeigen können, in welchem Masse Aussenhandel und wirtschaftliche Kriegsführung das gesamte politische System zu beeinflussen, ja zu verändern vermocht hatten. In noch ausgeprägterer Weise wiederholten sich diese Zustände während des Zweiten Weltkrieges. Angesichts der Umfassung der Schweiz durch die Achsenmächte waren der schweizerischen Wirtschafts- und Aussenpolitik verständlicherweise sehr enge Grenzen gesetzt. Doch die zentrale historische Frage betrifft nicht diese mehr oder weniger unvermeidliche Integration in den deutschen Wirtschaftsraum.

Die Fragestellung wird tatsächlich erst interessant, wenn man im Rahmen der innenpolitischen Diskussionen eine Bilanz dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu ziehen versucht. Es ist dabei zu beachten, dass nicht nur dem quantitativen, sondern auch dem qualitativen Aspekt dieser Beziehungen Rechnung getragen wird. Es drängt sich dann beispielsweise die Frage auf, inwiefern die Waffenlieferungen und insbesondere die Dienstleistungen der Nationalbank nur aufgrund unvermeidbarer Konzessionen oder, im Gegenteil, aufgrund bewusst gesuchter Kooperation zustande kamen. Unvermeidlich stösst man dabei auf Widersrpüche, die sich aus dem Vergleich der allgemeinen politischen Wertvorstellungen (Unabhängigkeit, Neutralität, Widerstand) mit den tatsächlich anzutreffenden Verhaltensweisen (Konzessionsbereitschaft, Anpassungswille, Disponibilität für Kooperation) ergeben. Gerade diese Problematik aber wurde, um den Mythos einer in ihrem Existenzkampf standfesten und vereinten Schweiz nicht anzutasten, beinahe gänzlich ausgeblendet. Eine entsprechende Debatte im Rahmen der Geschichtsforschung ist erst in den letzten Jahren zaghaft in Gang gekommen(27).

Die heute vorhandenen Hinweise lassen allerdings keinen Zweifel an der Notwendigkeit eines derartigen Forschungsansatzes zu. Unterwirft man beispielsweise den Briefwechsel zwischen dem Bundesrat und der Nationalbank den Goldhandel betreffend einer näheren Prüfung, so erkennt man rasch die aussgerwöhnliche Zweideutigkeit, mit der man einen zum Politikum gewordenen Handel im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Prinzipien zu rechtfertigen versuchte. Kann man die ökonomischen und juristischen Begründungen noch halbwegs gelten lassen, so erscheinen die auf politischen Erwägungen beruhenden und von opportuner Moral geleiteten, verklärten Ausführungen als äusserst fragwürdig. Es erstaunt in diesem Zusammenhang kaum noch, dass die Nationalbank und der Bundesrat daran dachten, sich diesem staats- und neutralitätspolischem Problem mittels einer doppelten, d.h. manipulierten Buchhaltung zu entziehen. In dieser Sache zumindest entsprach das Verhalten der offiziellen Schweiz in keiner Weise den ansonsten als verpflichtend gepriesenen Prinzipien.

Wichtig scheint mir, dass man einen historischen Aspekt dieser Art, auch wenn er uns als singuläres Ereignis erscheint, nicht einfach zur Randbemerkung einer nationalen Geschichte machen darf. Im Gegenteil, ein solches anscheinend begrenztes Ereignis wiegt, seiner erkenntnisbestimmenden Beispielhaftigkeit wegen, die unter anderem auch auf die moralische Dimension einer historischen Betrachtung verweist, schwer. Es hat letzlich, in bezug auf die eingangs skizzierte allgemeine Problematik unserer Geschichte des 20.

Jahrhunderts, eine grundsätzliche Bedeutung. Diese Affäre kann, mit andern Worten, nicht als simpler 'fait divers' abgetan werden, sondern muss ins historische Bild als Element einer generellen Charakteristik eingebaut werden. In einer solchen Perspektive wird deutlich, auf welche Art und Weise politische Prinzipien (Neutralität), wirtschaftliche Strukturen (Banken) und der innenpolitische Diskurs (Freiheit und Demokratie) die wirkliche Identität der industriellen und kapitalistischen Schweiz prägen.

Angesichts der Verstrickung von singulären Ereignissen und allgemeinen gesellschaftlichen Wertmustern verliert eine Geschichtswissenschaft, die die Zusammenhänge zwischen diesen Ebenen übersieht, jeden Sinn. Ein Historiker, der diese Problematik vernachlässigt, wird nicht über die Reflexionskriterien verfügen, die notwendig sind, um der Geschichte einen relevanten kognitiven Rahmen zu geben.

Schlussfolgerung und Hinweise zur aktuellen Lage

Anhand von vier konkreten Fällen habe ich zu zeigen versucht, in welcher Weise das Zusammenspiel von nationaler Identität, politischem Diskurs und dominierendem Geschichtsverständnis bestimmte Interpretationsmuster zu produzieren vermag, die nicht nur auf die Historiographie, sondern auch auf die aktuelle gesellschafts- und kulturpolitische Lage bestimmenden Einfluss ausüben. Das erste Beispiel verwies auf die enge, seit dem 19. Jahrhundert bestehende Verbindung von politischer Programmatik und Geschichte. Die „Geistige Landesverteidigung" zwang diese Dialektik in ein geradezu tabuisiertes, mythisch verklärtes Wertmuster. In diesem Rahmen wurde es möglich, unerwünschte historische Aspekte wie etwa den Landesstreik zu verschleiern oder als „unschweizerisch" zu diskriminieren. Dass dabei ein wichtiger Forschungsansatz, die Sozialgeschichte, unters Eis geriet, wurde in Kauf genommen. Eine Verschleierungstaktik prägt auch die Aufarbeitung des Faschismus in der Schweiz. Schliesslich hat das letzte Beispiel gezeigt, dass positivistisch aufgesplitterte Ereignisgeschichte nicht fähig ist, die wesentlichen Züge einer Epoche aufzudecken. Insgesamt glaube ich, feststellen zu dürfen, dass den Widersprüchlichkeiten der Vergangenheit ausgewichen wurde, um zu verhindern, dass die mythisch verklärten Geschichtsbilder und das historische Selbstverständnis der heutigen Gesellschaft kritisch zur Sprache kommen könnten.

Die als kritisch eingeschätzte „Geschichte der Schweiz — und der Schweizer" sowie neuere Beiträge über General Guisan provozierten eine breitangelegte Polemik, in die selbst ein seinerzeit im Amte stehender Bundesrat eingriff. Ein Mitarbeiter der „Gazette de Lausanne" warf diesen „kritischen" Historikern vor, sie verhöhnten den Nationalstolz. „Sie zielen damit allerdings", meinte er weiter, „am Wesentlichen, dem kollektiven Schicksal der Nation, vorbei. Denn die bewahrte Unabhängigkeit bildet letzlich jenen Berg der Frömmigkeit, um die sich jede kultivierte Gesellschaft zur Verehrung schart"(28).

Wohl nicht zu Unrecht ist angemerkt worden, dass es sich dabei um eine „Schlacht um die Geschichte" handle. Tatsächlich entwickelt sich hier eine Art helvetischer „Revisionismus", dem es in erster Linie darum geht, eine nun doch seit einigen Jahren sich durchsetzende differenzierte Geschichtsbetrachtung abzublocken. Das Kesseltreiben, das gegen den Autor eines kritischen Beitrages über Guisan (vgl. Anm. 18) angezettelt wurde, die Prozesse gegen Historiker und Journalisten, die offenbar nicht genehme Anmerkungen zu Biographien von Zeitgenossen der faschistischen Epoche machen, aber auch gezielt gesteuerte Diskussionsbeiträge in prestigegeladenen Kulturzeitschriften(29) — alle diese Vorstösse dienen dem Ziel, das zeitkritische Potential der Geschichtswissenschaft einzuschränken.

Vergegenwärtigen wir uns kurz noch einmal die grösseren Zusammenhänge, um diese sogenannte „Schlacht" zu verstehen. Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts beruhte in starkem Masse auf der liberalen Utopie dieser Zeit. Die Identität von Geschichtsverständnis und politischem Diskurs, bezeichnend für die Elite der liberalen Bundesstaatsgründer, entbehrte nicht einer gewissen Logik. Tatsächlich schien das Wertmuster der vorherrschenden Historiographie jenem des neuen politischen Systems adäquat zu sein. Erst als die Widersprüche der industriellen Gesellschaft die von den Liberalen gehegten Utopien von Fortschritt, Freiheit und Harmonie in Frage zu stellen begangen, geriet die Harmonie zwischen Politik und Geschichte ins Wanken. Nicht von ungefähr stellte sich in diesem Augenblick die von Jacob Burckhardt formulierte — aber der Vergangenheit angehörende — Idee des „Staates als Kunstwerk"(30) jener des liberalen „Kulturstaates"(31) entgegen. Es gelang jedoch, die nationale Geschichte zu erneuern, vor allem dank jenen von der neuen politischen Szene vermittelten konservativen Perspektiven, die auch der „Geistigen Landesverteidigung" zugrunde lagen. Diese Geschichte aber, defensiv und partikular, vermochte einen sinnverstehenden Zugang nur mittels Mythen zu vermitteln. Bezeichnenderweise hat Robert de Traz, Mitstreiter von Gonzague de Reynold und Mitbegründer der 1914 ins Leben gerufenen „Neuen Helvetischen Gesellschaft", schon damals auf die Nützlichkeit des Mythos bei der Schaffung neuer „helvetischen Werte" verwiesen(32). Unsere heutigen „Revisionisten" versuchen offenbar einmal mehr, mittels einer mythisch verklärten Geschichte ihr rechtslastiges ideologisches Konzept in der schweizerischen politischen Kultur zu verteidigen.

ANMERKUNGEN

* Dieser Artikel beruht auf einem Vortrag, der anlässlich eines Kolloquiums über die neue Schweizergeschichte in Lugano (Oktober 1983) gehalten und unter dem Titel „L'historiographie contemporaine suisse sous l'emprise de la «défense spirituelle»" im Archivio Storico Ticinese (Dez. 1984, Nr. 100, S. 299-306) abgedruckt ist. Die hier vorliegende deutsche Fassung stammt vom Autor und wurde von ihm überarbeitet und aktualisiert.

1) W. Benjamin: Gesammelte Schriften. Werkausgabe Bd. 2. Frankfurt a.M. 1980, S. 697; E. Fischer: Ein Geisterseher in der Bürgerwelt. In: Über Walter Benjamin.

Frankfurt a.M. 1968, S. 117-120; G. Scholem: Walter Benjamin und sein Engel. Frankfurt a.M. 1983, S. 35-72.

2) Vg. z.B. F. Braudel: l'identité de la France. Espace et Histoire. Paris: Arthaud, 1986, S. 9-21 („Introduction").

3) Anstelle einer langen Liste von geschichtstheoretischer Literatur verweise ich auf einen Aufsatz eines von mir bevorzugten Historikers, dessen Ansatz ich in grossen Zügen zu übernehmen versucht habe: G. Duby: Histoire sociale et idéologies des sociétés. In: Faire de l'histoire. Publié sous la dir. de J. Le Goff et P. Nora. Paris 1974, S. 147-168.

4) Erweiterte Ausführungen z.T. in meinem Beitrag „Bedrohung und Enge (1914-1945)". In: Geschichte der Schweiz — und der Schweizer. Basel 1983. Bd. 3, S. 101-189.

5) G. Hunziker: Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip im 19. Jahrhundert. Basel/Stuttgart 1970; H.U. Jost: La culture politique du petit Etat dans l'ombre des grandes puissances. In: Les „petits Etats" face aux changements culturels, politiques et économiques de 1750 à 1914; sous la dir. de D. Kosáry. Lausanne 1985, S. 25-32.

6) Vgl. E. Gruner: Politische Kräfte und Leitbilder in der Schweiz im 20. Jahrhundert. In: Die Schweiz, Jahrbuch der NHG 35. 1964, S. 199-216.

7) G. Arlettaz: Démographie et identité nationale (1850-1914). La Suisse et „La question des étrangers". In: Studien und Quellen. Hrsg. vom Schweiz. Bundesarchiv, Bern 1985, Nr. 11, S. 83-174.

8) Zit. in: P. Utz: Die ausgehöhlte Gasse. Stationen der Wirkungsgeschichte von Schillers „Wilhelm Tell". Königstein/Ts 1984, S. 275.

9) Z.B. P. Dürrenmatt: Schweizergeschichte. Zürich 1963; E. Bohnenblust: Geschichte der Schweiz. Erlenbach-Zürich 1974 (vgl. meine Besprechung in der NZZ, vom 10. Jan. 1975)

10) Le facteur économique dans l'avènement de la démocratie moderne en Suisse. Genf 1912.

11) Die Schweiz seit 1848..Geschichte, Politik, Wirtschaft. Zürich 1928.

12) Vgl. den historiographischen Abriss von U. Im Hof. In: Geschichte der Schweiz — und der Schweizer. Basel 1982. Bd. 1, S. 17.

13) Z.B. R. Grimm: Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen. Bern 1920 (Neudruck: Zürich 1976); V. Gitermann: Geschichte der Schweiz. Thayngen/Schaffhausen 1941 — vgl. dazu P. Stadler, Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft. Politische Idologien im schweizerischen Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit. In: Historische Zeitschrift, 1974. Bd. 219, S. 290-358.

14) W. Gautschi: Der Landesstreik 1918. Zürich/Einsiedeln 1968; M. Mattmüller: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Bd. II: Die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Revolutionen. Basel 1968.

15) Handbuch der Schweizer Geschichte. Zürich 1977. Bd. 2, S. 1176.

16) M. Regamey: Ordre et Tradition. In: Schweizerische Rundschau (Juli) 1933, H.4, S. 281-283.

17) Vgl. G. de Reynold: L'Europe tragique. La Révolution moderne. La fin d'un monde. Paris 1935. (Dt: Die Tragik Europas. Luzern 1935).

18) Vgl. O. Gauye: „Au Rütli, 25 juillet 1940". Le discours du général Guisan: nouveaux aspects. In: Studien und Quellen. Bern 1984, Nr. 10, S. 49.

19) A. Meyer: Anpassung oder Widerstand. Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus. Frauenfeld 1965.

20) Vgl. Z.B. W. Wippermann: Europäischer Faschismus im Vergleich. 1922-1982. Frankfurt a.M. 1983.

21) So Z.B. W. Wolf: Faschismus in der Schweiz 1930-1945. Zürich 1969.

22) In: Neue politische Literatur Nr. 1970, S. 180-182.

23) K.-D. Zöberlein: Die Anfänge des deutsch-schweizerischen Frontismus. Meisenheim am Glan 1970 (=Marburger Abhandlungen zur pol. Wiss. 18).

24) Zit. in: L. Neidhart: Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse des schweizerischen Gesetzesreferendums. Bern 1970, S. 221.

25) Vergessen gebliebene Richtlinien: Das Memorandum von Bundesrat Etter, „Richtlinien für die Führung der Innenpolitik", vom September 1940. In: Rote Revue 24. 1944/45, S. 138-142.
26) Bern 1971, vgl. auch: P. Luciri: Le prix de la neutralité. Genf 1976.
27) P. Utz: Goldingers merkwürdige Machenschaften. In: Tagesanzeiger Magazin, 19. April 1980, (was den Anstoss zu W. Rings „Raubgold aus Deutschland" gab); vgl. auch R. Vogler: Der Goldverkehr der Schweizerischen Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank 1939-45. In: Schweiz. Nationalbank, (März) 1985, Nr. 1, S. 70-78.
28) Gazette de Lausanne, 28./29. April 1984.
29) Z.B. „45 ans plus tard: la seconde guerre mondiale en Suisse et ses conséquences vues par diverses générations". Alliance culturelle romande. (Octobre) 1984, Cahier Nr. 30, (mit einer Einleitung von G.-A. Chevallaz).
30) Kapitelüberschrift in „Die Kultur der Renaissance in Italien". Vgl. dazu: H. Brakkert: Reflektiertes Können und individuierter Geist. Zu Jacob Burckhardts Kulturgeschichtsschreibung. In: Naturplan und Verfallskritik. Herg. von H. Brackert und E. Wetelmeyer. Frankfurt a.M. 1984, S. 289-319; Th.Schieder: Die Krise des bürgerlichen Liberalismus. In: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. München 1974, S. 58-88.
31) Vgl. H.U. Jost: „Un juge honnête vaut mieux qu'un Raphaël." Le discours esthétique de l'Etat national. In: Etudes de lettres. Université de Lausanne. 1984, Nr. 1, S. 49-73.
32) In: Les Feuillets, (Revue mensuelle de culture suisse), 1911, S. 135.

WIDERSPRUCH

das sind bisher 12 Nummern mit Beiträgen aus dem kritischen Wissenschafts- und oppositionellen Kulturbereich, aus Oekologie-, Friedens- und Frauenbewegung, aus allen Linksparteien, aus Gewerkschaften.

WIDERSPRUCH

das heisst 5 Jahre Kampf gegen Resignation und Zersplitterung des intellektuellen Potentials der Linken

WIDERSPRUCH

das bedeutet Kampf für eine breite Widerstandskultur, Aktivierung einer linken Öffentlichkeit und einer engagierten politischen Kultur.

WIDERSPRUCH

das heisst aber auch eine nach wie vor prekäre Finanzbasis und damit Gefährdung einer längerfristigen Kontinuität dieses Zeitschriftenprojektes.

WIDERSPRUCH

braucht deshalb viele Mitglieder im FÖRDERVEREIN WIDERSPRUCH, die durch ihre Mitgliedschaft das Projekt sichern und einen schrittweisen Ausbau ermöglichen

Wir rufen deshalb alle auf, dem **FÖRDERVEREIN** beizutreten:

Mitgliederbeitrag Fr. 120.-/Jahr (inkl. die beiden pro Jahr erscheinenden Nummern).

FÖRDERVEREIN WIDERSPRUCH, POSTFACH, 8026 Zürich
PC 80 - 56062 - 5